

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Redaktion
Linz
Franz Josef-Platz 29;
Telephon 1225/II.

Administration
Linz, Bischofstraße 7,
Telephon 422.

Erscheint
jeden Freitag.

JÜDISCHE NACHRICHTEN

Bezugspreis:
¼jährig K 6'60.

Bankkonto bei der
Allg. Depositenbank,
Filiale Linz.

Postsparkassenkonto
Nr. 180.464.

Inserate nach
Vereinbarung.

für die deutschösterr. Provinz.

Nr. 38

Linz, am 31. Oktober
7. March. 5680

1919

Judendebatten.

Die vergangene Woche brachte wieder des öfteren die Judenfrage aufs Tapet. Viel Aufsehen erregte vor allem der Antrag Stricker in der Nationalversammlung, daß bei der in der nächsten Zeit stattfindenden Volkszählung auch das Bekenntnis zu einer Nation abzuverlangen sei, wobei es den Juden freistehen müsse, sich zur jüdischen Nation zu bekennen. Die Aufregung, die dieser Antrag nicht nur bei den sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern auch in einem Teile der Judenschaft hervorrief, ist nicht recht erklärlich, denn ganz richtig antwortete der Antragsteller dem Staatskanzler Dr. Renner, der die Existenz einer jüdischen Nation leugnet, daß gerade die sozialistische Internationale auf ihrer letzten Konferenz zu einer gegenteiligen Ansicht gelangt sei. Und die jüdischen Kreise, denen beim Gedanken an das öffentliche Bekenntnis zum jüdischen Volke gleich die Schreckgespenste Prozentnorm, Rechtsbeschränkung, Ghetto vor Augen traten, übersahen ganz, daß ja ausdrücklich nicht mehr verlangt wurde, als daß eben jedem Juden die Möglichkeit geboten werden solle, sich freiwillig zur jüdischen Nation zu bekennen. Daß die antisemitischen Abgeordneten Stricker zustimmten, ist natürlich Wasser auf die Mühlen der antinationalen Judenschaft. Als ob die Jüdischnationalen absichtlich und kurzfristig die jüdische Gemeinschaft zu ihrem Ruin führen wollten! Einem Politiker wie Stricker ist genügend Einsicht zuzutrauen, daß die von ihm im Sinne des Gesamtjudentums vertretene Forderung nur zu einer Besserung unserer ungesunden Existenz führen soll, auch wenn das Mittel auf den ersten Blick die Zaghafte ein wenig zittern machte.

Aber ganz richtig appellierte Stricker in seiner wenige Tage später gehaltenen Rede zum Finanzplan, die schon ob ihrer von hohem Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten des Staates zeigenden Sachlichkeit insbesondere bei den Sozialdemokraten starken Eindruck machte, in Hinsicht der Judenfrage an die historische Einsicht unserer Staatsmänner. Der Großdeutsche Doktor Straffner hatte in der Debatte zum Finanzplan die Gesinnung seiner Partei verraten, indem er nach einem wüsten Geschimpfe über die Juden sein Bedauern aussprach, daß auf gewisse politische Überzeugungen nicht die Todesstrafe gesetzt sei. Wir entnehmen Strickers Antwort folgenden Passus:

„Ich möchte den Herren Antisemiten jetzt sagen: Es wäre empfehlenswert — und jetzt bitte ich, mich aber

nicht mißzuverstehen — es wäre empfehlenswert, nicht im Interesse der Juden, sondern im Interesse dieses Staates, wenn Sie doch in diesem Zeitpunkte das Geschimpfe auf die Juden einstellen wollten. Schauen Sie, ich bitte nicht für die Juden, wir Juden sterben an diesem Geschimpfe nicht und Sie leben nicht von diesem Geschimpfe, aber es geht um etwas anderes. Sie müssen sich damit vertraut machen, daß Österreich heute nach dem Stande seiner Zivilisation beurteilt wird! Es mag ja bei Ihnen als höchst kultiviert und zivilisiert gelten, auf die Juden zu schimpfen, in den Augen der gesitteten Welt gilt das nicht mehr so. Sie haben noch Genossen in Ungarn, Polen und vielleicht bei Koltshak und Denikin. Das sind aber doch nicht die Leute, von deren Urteil Sie und Österreich heute abhängig sind. Sie hängen heute vom Urteil der zivilisierten Welt ab. Lassen Sie das Geschimpfe doch! Ich bin der letzte, der Ihnen zuredet, Ihren Antisemitismus preiszugeben, daß Sie gewisse nationale Reinigungsbestrebungen, gewisse Läuterungsbestrebungen einstellen sollen. Führen Sie sie meinetwegen durch, aber lassen Sie doch das ohnmächtige Schmähen, das dieses Parlament draußen nur kompromittiert und weiter nichts taugt. Ich sage es Ihnen in Ihrem Interesse. Denn Sie vergessen immer, wer die Juden sind. Die Juden sind ein Volk, das sechstausend Jahre lebt. Sechstausend Jahre vermochten uns nicht umzubringen. Glauben Sie, was ein Titus, ein Nebukadnezar, was die Perser und was die Römer nicht vermochten, das wird der

Verein deutscher Postler können? Da täuschen Sie sich doch! Sie können uns nicht zugrunde richten, weil unser Geschick in ganz anderen Händen liegt als in den Ihren. Darum bitte ich Sie, lassen Sie davon ab!“

Dieser Hinweis des jüdischen Vertreters auf das geradezu blödsinnige Gebaren gewisser Organisationen, der viel Heiterkeit erregte, sollte den Antisemiten genügen, um ihnen das Unsinnige ihrer ganzen Dialektik vor Augen führen. Denn zu welchen Exzessen niedriger Gesinnung sich Angehörige selbst der sogenannten gebildeten Stände hinreißen lassen, bewies die am 19. in Linz tagende Hauptversammlung des deutschösterreichischen Eisenbahnvereines. Auch bei ihr bildete anscheinend das Judenproblem den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, obwohl man sich vergebens fragt, was gerade diese Gesellschaft in solche Wut gegen die Juden hineingehetzt hat. Über einen Antrag, daß die Regierung aufzufordern sei, für die Existenz der aus den Sukzessionsstaaten ver-